

Regierungsratsbeschluss

vom 3. März 2015

Nr. 2015/333

Vernehmlassung zur Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas Schreiben an die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2014 gelangten der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) an die Kantonsregierungen und ersuchten um eine Stellungnahme zur Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas.

2. Beschluss

Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartementes wird die Stellungnahme an die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit zur Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit vom 3. März 2015

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (2; GK 3605)
Amt für Wirtschaft und Arbeit (3)
Ratsleitung (8)
Medien (jae)